

Seite 2: Zur Person stellen wir Ihnen Wolfgang Brauer vor, mit Schwerpunkt Kulturpolitik im Berliner Abgeordnetenhaus / Petra Pau: Start in den Bundestag
Seite 3: Bundestagswahl 2013: Grund zur Freude!?

Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Haushalt und Halle
Seite 5: Dagmar Pohle: Bezirksamt veranstaltete Helfer_innenkonferenz / Manuela Schmidt: Spürbare Spannungen / Natur vor der Haustür

Seite 6: Ja zur Berliner Energie / Aus den Siedlungsgebieten: Schulen bleiben Thema
Seite 7: Wahlkampfnachlese ... / Chemiewaffen für Syrien
Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links

„Der Erfolg hat viele Väter“ ...

... heißt es. Ich füge hinzu „und Mütter“ und meine damit das Wahlergebnis der LINKEN am 22. September 2013. Dabei wurde uns nichts geschenkt. Umso bemerkenswerter ist ein Blick auf das Berliner Ergebnis. Im Ostteil der Hauptstadt wurden wir stärkste Partei und im Westteil kamen wir rundweg über zehn Prozent aller abgegebenen Stimmen. Damit wählte Berlin gegen den Bundestrend. Denn ein Blick auf die Bundesrepublik insgesamt zeigt ein „schwarzes Meer“ mit einigen rotgefärbten Inseln, zum Beispiel im Ruhrgebiet und eben in Berlin.

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf, ihre Mitglie-

der, Sympathisanten sowie Wählerinnen und Wähler habe daran den Bärenanteil. Das WIR war entscheidend. Auch dafür, dass ich den Wahlkreis zum vierten Mal in Folge gewinnen konnte. Dafür danke ich allen.

Gleichwohl bin ich in der Wortwahl etwas vorsichtiger und zurückhaltender als zum Beispiel Gregor Gysi. Er sprach von einem „historischen Sieg“ für DIE LINKE, allemal, da wir nun bundesweit die „drittstärkste Kraft“ seien. Das stimmt, rein rechnerisch. Politisch sieht die Welt ein wenig düsterer aus.

Das wird schnell deutlich, sobald man all die Wählerinnen und Wähler mitzählt, deren Wunsch- oder Protestparteien knapp an der

Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind. Dann ergibt sich nämlich - einschließlich CDU/CSU - bundesweit eine rechte Mehrheit. Und das ist neu. Auch dabei scheint Berlin gegen den Strom zu schwimmen, aber Vorsicht: Derselbe Trend ist auch hier erkennbar, ebenso in Marzahn-Hellersdorf. Addieren wir allein die



Im Wahlkampf waren viele an der Seite von Petra Pau unterstützend dabei. Das lässt auch für die Zukunft der LINKEN hoffen. Foto: H. Wagner

Ergebnisse jener Parteien, die rechtsnationalistisch, mit rassistischen Programmen daherkommen, so wurden sie in unserem Bezirk von 11,2 Prozent gewählt. Das ist viel, zu viel. Und damit bin ich beim zweiten Makel des Wahlabends. Bisher gab es bundesweit eine strukturelle gesellschaftliche Mehrheit rund um jene Parteien, die sich als links verstehen. Wiederum zahlenmäßig, politisch kam sie nie zum Tragen. Zu groß waren inhaltliche Differenzen und zu fest stand der Limes, mit dem sich die SPD von der LINKEN abgrenzte. Deshalb: So sehr ich mich über unser Wahlergebnis freue, es geht um mehr, nämlich um gesellschaftliche Mehrheiten. **Petra Pau**

DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf führte den Marschblock der LINKEN auf der „UmFAIRteilen Demo“ an!

Was für ein starker Auftritt - im August hat sich unsere Projektgruppe „Demo/Aktionen“ erst gegründet und konnte im Wahlkampf schon sehr erfolgreich Flagge zeigen. Mit eigenem Transparent begleiteten wir die Wahlveranstaltungen der LINKEN auf dem Helene-Weigel- und Alexanderplatz. Der Höhepunkt war aber nach meiner Auffassung die „UmFAIRteilen Demo“ in Berlin am 14.9., auch auf diesem Foto hier sichtbar:



Wir suchen noch Mitstreiter und wollen am **22.10.13 um 18.00 Uhr** wieder im **Linken Treff in der Henny-Porten-Straße** zusammenkommen. Ein Arbeitsplan und die Auswahl unserer nächsten Aktionen stehen auf der Tagesordnung. Mehreren Mitgliedern der Projektgruppe ist zum Beispiel das Thema Krieg / Frieden sehr wichtig. Da brauchen wir natürlich auch wieder ein neues Transparent. Vielleicht sollten wir unsere Initiative auch im Landesverband oder auch bundesweit bekanntmachen: „Starke linke Signale aus Marzahn-Hellersdorf“.

Wir bitten um Eure Unterstützung,

Bernd Walter

Zur Person: Wolfgang Brauer

DIE LINKE soll wieder die Partei der Kultur und Kunst werden ...

..., das muss nach innen und außen gelebt werden und ist Brauers Vision.

Wer den Menschen und Politiker Wolfgang Brauer kennt, den überraschen diese Worte nicht. Als Reisender mit Bodenhaftung und reichen Erfahrungen im Gepäck ist der Kulturpolitiker aus Passion zu dieser Überzeugung gelangt.

Von mehr oder weniger kulturvollem Umgang miteinander kann er sowohl aus 37 Jahren Parteimitgliedschaft als aus vielen Begegnungen ein Lied singen. Kulturpolitik ist seit 1999 sein Schwerpunkt als Abgeordneter.

Da ist er schon ein Privilegierter, Hobby und Beruf(ung) verbinden sich hier trefflich für einen, der Stress genießt. Lehrer für Geschichte und Deutsch, die kreative und spitze Feder als Redakteur und Autor des „Blättchens“, einer von zwei Nachfolgerinnen der Zeitschrift „Die Weltbühne“ – das ergänzt sich bestens. Und nebenbei ist er noch Vorsitzender des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf.

Für einen, der die Künste liebt, bringt die parlamentarische Arbeit im Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten so manches Entsetzen mit sich. Sei es der Kulturhaushalt, die Förderung von Prestigeobjekten, die Beschneidung der freien Szene, für die Berlin doch immer so gepriesen wird – die Liste ließe sich verlängern, oder der oft mangelnde faire Umgang miteinander.

„Wir sind auf Zeit gewählt und haben die Pflicht, miteinander klarzukommen“, so Wolfgang Brauer. Das geht nur kollegial und kultiviert. Gespräche hinter zugezogenen



Gern in der Natur unterwegs:
Wolfgang Brauer

Foto: privat

Gardinen lehnt er ab und erinnert an den Gründungskonsens der PDS, das Bekenntnis zur Transparenz!

Wie die meisten Leserinnen und Leser wis-

sen, vertritt Wolfgang Brauer den Wahlkreis 1, das ist Marzahn-NordWest mit einem „Stückchen“ Ost, im Berliner Landesparlament. Hier wurde er viermal in Folge direkt gewählt. Trotz oder gerade wegen der vielen Baustellen in diesem Gebiet, das auf dem Berliner Sozialindex so ziemlich am Ende erscheint, ist ihm sein Wahlkreis mit den hier lebenden Menschen ans Herz gewachsen. Hier engagiert er sich, die vielen persönlichen Begegnungen sind immer wieder Motor für seine politische Arbeit. Gern, und wenn möglich, gibt er konkrete Unterstützung. Deklarationspolitik ist für Brauer ein Fremdwort.

Als Landespolitiker muss er die Stadt in ihrer Gesamtheit betrachten. Da führt ihn der gern zitierte Blick über den Tellerrand gelegentlich zu Positionen, die in der Kommunalpolitik anders gesehen werden.

Da ist zum Beispiel die TVO, die er nicht nur als Biesdorfer „Entlastungsstraße“ sieht, sondern als Verbindungstrasse zweier stark befahrener Autobahnen mit dann erheblichen Auswirkungen auf den Bezirk und deshalb ablehnt. Ja, dazu gibt es Beschlüsse. Aber was er selbst praktiziert, erwartet er insbesondere von linken Politikern, das regelmäßige Überprüfen der eigenen Positionen.

Wer mehr erfahren möchte, schau mal rein bei: <http://www.wolfgang-brauer.de>

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Start in den Bundestag: „Sozial. gerecht. machbar.“

Zwei Tage nach der Wahl, am 24. September 2013, trafen sich die Mitglieder der scheidenden und der neuen Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Bei den meisten überwog Freude, bei manchen auch Wehmut. 32 Abgeordnete wurden in den alten Bundesländern gewählt, ebenso viele in den neuen. Berlin ist nunmehr sogar mit sechs Parlamentariern vertreten, ein Novum. Und auch das steht der Fraktion DIE LINKE gut zu Gesicht: 36 ihrer Mitglieder sind Frauen.

Bis zum richtigen Start in den parlamentarischen Alltag werden noch ein paar Wochen vergehen. Noch ist die CDU/CSU auf der Suche nach einem Koalitionspartner. Und auch die neuen Fraktionen müssen sich erst mal finden, sprich: konstituieren. DIE LINKE wird dazu Anfang Oktober in Klausur gehen. Bis dato amtiert der alte Vorstand weiter, ich gehöre dazu.

Inhaltlich sind unsere ersten Aktivitäten vorgezeichnet. Am 9. September 2013 hatte es im Umweltforum der Auferstehungskirche in Friedrichshain einen Konvent der LINKEN gegeben. Dort wurde ein Zehnpunkteplan „Politikwechsel: Sozial.

gerecht. machbar“ beraten. In ihm ist vom Lohnniveau über Rentenangleichung bis zur Energiewende knapp umrissen, was nun unsere ersten parlamentarischen Initiativen sein werden. Dann wird sich zugleich erweisen, welchen Wert die Wahlversprechen der anderen Parteien haben.

Ein weiteres liegt mir am Herzen. Am 2. September wurden im Bundestag die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses beraten, der sich mit der NSU-Nazi-Mordserie befasst hatte. Ich sprach damals für DIE LINKE. Fraktionsübergreifend hatten wir uns auf 48 drin-

gende Empfehlungen geeinigt, also Schlussfolgerung aus diesem Politik- und Staatsdesaster. Nun gilt es, im neuen Bundestag möglichst zügig entsprechende Beschlüsse zu fassen. Ich hoffe wiederum einmütig, von CDU/CSU bis LINKE.

In meinem Startplan steht außerdem noch eine Auslandsreise, diesmal nach Wien. Dort berät am 13. und 14. Oktober 2013 eine internationale Gruppe von Parlamentariern, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus verschrieben haben. Ich bin gebeten worden, dort den Deutschen Bundestag zu vertreten.



Foto: Uwe Steinert

MaHeli Oktober 2013

Bundestagswahl 2013 - Grund zur Freude!?

Das Wahlergebnis zur Bundestagswahl kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Und erst nach dieser Betrachtung kann die Frage beantwortet werden, ob das Ergebnis der Bundestagswahl ein Grund zur Freude ist.

Aus der Sicht von Marzahn-Hellersdorf: Wir freuen uns über das Ergebnis im Wahlkreis 85 (Marzahn-Hellersdorf). Sowohl das Direktmandat von Petra Pau mit 38,9 % als auch die Platz 1 bei den Zweitstimmen konnten verteidigt werden. DIE LINKE liegt im Zweitstimmenanteil von 32,9 % vor der CDU mit 26,0 % und der SPD mit 19,2 %. Auch dass die Wahlbeteiligung im Bezirk Marzahn-Hellersdorf um 1,7 % gestiegen ist, ist ein erfreuliches Zeichen, wir liegen allerdings immer noch auf dem letzten Platz in Berlin.

Die Berliner Perspektive: Die Wahlbeteiligung ist gestiegen. DIE LINKE hat an absoluten Stimmen leicht verloren (von 348.661 auf 330.481), aber insgesamt sogar noch ein Mandat dazugewonnen. Auch das ist Grund zur Freude. Unsere Berliner Abgeordneten sind die direkt gewählten Gregor Gysi, Petra Pau, Gesine Löttsch und Stefan Liebich sowie Halina Wawzyniak und Azize Tank, beide über die Landesliste der LINKEN. Kein Grund zur Freude sind allerdings 27.033 Stimmen für die NPD und 87.813 Stimmen für die AfD. Die linke Perspektive: Das Wahlergebnis für DIE LINKE ist okay. Punkt. Weder ist es Grund, nun absolut in Trübsal zu verfallen, noch besteht Grund, in Siegestaumel auszuberechnen. DIE LINKE konnte 3.752.577 Zweitstimmen gewinnen, gegenüber 2009 (5.155.933 Zweitstimmen) ein Verlust von 1.403.356 Zweitstimmen. Wohin wir diese

Wähler_innen verloren haben und weshalb, das sollten wir in den nächsten Tagen in Ruhe erörtern. Nun habe ich schon bereits an der einen oder anderen Stelle gehört, dass der Maßstab ja nicht das Wahlergebnis von 2009 ist, sondern wo wir in Umfragen vor einem Jahr standen. Ich will klar sagen, ich finde das falsch. Wahlergebnisse sind an Wahlergebnissen zu messen und da muss einfach festgestellt werden, wir haben an Stimmen verloren. Dass wir überhaupt noch in diesem Bereich an Zweitstimmen gelandet sind, ist zum größten Teil Gregor Gysi zu verdanken.

Die gesamtgesellschaftliche Perspektive: Kurz und knapp, da gibt es keinen Grund zur Freude, im Gegenteil. 34,1 % für die CDU, 7,4 % für die CSU, 25,7 % für die SPD, 8,6 % für DIE LINKE, 8,4 % für die Grünen bringen - da CSU und CDU wieder eine Fraktionsgemeinschaft bilden werden - ein Vier-Fraktionen-Parlament mit sich. So gut es ist, dass die Union keine absolute Mehrheit hat, aber - obwohl man noch nicht weiß, in welche Richtung sich das Ganze entwickelt - Union und SPD haben 503 von 630 Sitzen im Bundestag. Das wäre eine satte Zweidrittelmehrheit (79,84 %) mit der das Grundgesetz geändert werden könnte. Dass die AfD 2.052.372 Stimmen mit ihrem

rechtspopulistischen und wohlstandschauvinistischen Programm und Personal gewinnen konnte, macht mindestens nachdenklich. Diese Wahl war keine Bewegung nach Links, sondern eine Bewegung nach Rechts. Darüber kann man sich nicht freuen.

Unser Wahlkampf:

Wir bedanken uns bei allen Helferinnen und Helfern, die diesen Wahlkampf vor Ort in Marzahn-Hellersdorf erst ermöglicht haben. Das

Verteilen unserer Wahlkampfbotschaften wie Zeitungen, Flyer, Briefe forderte viel Kraft und Zeit. Die Plakate mussten gefädelt werden, aufgehängt, ständig kontrolliert werden. Standaktionen, Fahrradtouren, Infotouren, Feste und unsere Kundgebung auf dem Helene-Weigel-Platz zeigten: Wir sind vor Ort. Unser Motto „Dort, wo Menschen sind, gehen wir hin und sprechen mit ihnen“ zog sich durch den gesamten Alltag,



Grund zur Freude: Petra Pau und Gregor Gysi erhielten in ihren Wahlkreisen jeweils die meisten Stimmen. Foto: H. Wagner

auch in den letzten vier Jahren. Vergessen wir nicht, dass besonders in den letzten Wochen rechtspopulistische Aktivitäten stattfanden, um das Thema Rassismus in Verbindung mit dem Flüchtlingsheim in den Mittelpunkt zu stellen. Ängste und Unsicherheiten wurden geschürt. Dem stellten wir uns entgegen. Letztendlich steht auch noch eine konkrete Analyse unseres Wahlkampfes in Marzahn-Hellersdorf an, auch Schlussfolgerungen. Das werden wir gemeinsam noch zu leisten haben. Heidi Wagner

Das andere Marzahn-Hellersdorf gibt es wirklich!

Ich hatte Eid abgeholt - einen Genossen und ehemaligen palästinensischen Flüchtling, der schon 17 Jahre in Deutschland lebt und genau weiß, wie sich die neuen Bewohner im Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße fühlen. Wir sind zur Helferkonferenz, die von POLIS und dem Bezirksamt für den 25. September 2013 einberufen worden war, gefahren und waren beide gespannt, was uns erwarten würde.

Nach kurzer Begrüßung und Vorstellung der Einrichtung - die Veranstaltung fand im Stadtteilzentrum Hellersdorf-Süd „Kompass“ statt - wurde es sehr schnell konkret. Wir saßen an dem Tisch „Sonstige Projekte“. Es gab noch thematische Diskussionsrunden zu Musik, Sport, Spaziergänge in der Umgebung, Sprachförderung, Dolmetschen, Schule. Um unseren Tisch saßen etwa 15 Leute, mit zum Teil ganz konkreten Vorstellungen, welche Hilfe sie anbieten können oder einfach nur sagten: „Wir sind da, welchen Bedarf gibt es?“ Beeindruckend, mit welcher Selbstverständlichkeit Zeit und persönliches Engagement angeboten wurden. Beeindruckend auch, woher die Menschen kamen. Da saßen welche aus Marzahn oder Hellersdorf, aber

auch eine junge hochschwangere Frau mit ihrem Mann, die aus Charlottenburg angereist waren und unbedingt helfen möchten. Alle waren sich einig, wenn auch nicht gleich heute und morgen und wenn auch nicht zu jeder Tageszeit, wir bleiben längerfristig dabei, damit sich die Flüchtlinge hier im Bezirk willkommen und irgendwann zu Hause fühlen.

Am Ende wurden einige der vielen Ideen kurz benannt. Da war eine junge Frau aus dem ORWO-Haus, einem angesagten Musik- und Tonstudio in der Landsberger Allee mit vielen Räumen, die diese anbot und Musik-Events für gemeinschaftliches Musizieren. Es gab die Idee für einen Spendenbrief an Herlitz für zusätzliches Material für die Schulkinder, es gab Angebote für Unterstützung beim Ausfüllen von amtlichen Formularen, der Begleitung zu Ämtern und auch Einladungen, in Familien zu kommen, um dem Heimalltag einmal den Rücken kehren zu können. Mehrfach wurde von Nachbarschaftsbegegnungen gesprochen und überlegt, wie diese zu initiieren seien, sensibel die Situation der Flüchtlinge mit zu bedenken und dennoch ein Kennenlernen der Umgebung und ihrer Menschen zu ermöglichen - beim Zusammensein in der

neu eröffneten Begegnungsstätte vom „Klub 74“ in der Jenaer Straße, das Bernd Preußner anbot, beim Fußballspielen oder Lampionumzügen in der dunklen Jahreszeit.

Nach gut 90 Minuten sehr intensiven Gedankenaustausches bedankte sich die amtierende Bürgermeisterin Dagmar Pohle mit herzlichen Worten bei den Anwesenden, es waren gewiss an die 100 Personen. Alle waren froh, einen konkreten Schritt in Richtung Nutzung der vielen Hilfsangebote gegangen zu sein. Es wird ganz gewiss nicht die letzte dieser Zusammenkünfte gewesen sein. Eine neue Sensibilisierung für Flüchtlinge hier im Bezirk, auch die in den anderen beiden Heimen hat stattgefunden. Und Hilfe wird ganz konkret. Eid und ich waren auf der Rückfahrt ganz euphorisch: „Das müssten die Medien berichten“, sagte Eid, „nicht immer nur die Negativschlagzeilen aus Marzahn-Hellersdorf! Das war richtig gut!“ Ich freue mich auch auf die nächste Zusammenkunft, die schon verabredet ist und wo dann vielleicht schon erste Verabredungen für Unterstützung vor Ort getroffen werden.

Sabine Schwarz

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Zwischen dem Wahltag und dem Redaktionsschluss dieses Infoblattes lagen nur drei Tage, da fand keine Sitzung des Bezirksvorstandes statt. Deshalb ist das ein Bericht aus dem Raum, in dem der BV gewöhnlich tagt, also aus dem „Linken Treff“. Dort hatten sich am Wahlabend Genossinnen und Genossen getroffen, um gemeinsam auf das Wahlergebnis zu warten. Als sich schon bei der Prognose ein gutes Ergebnis für DIE LINKE abzeichnete, gab es viel Beifall – auch wenn wohl viele gern ein paar Prozent mehr

gehabt hätten. Und am späteren Abend haben wir dann gemeinsam mit unserer Kandidatin auf die Ergebnisse unseres Wahlkreises gewartet. Und die waren ja sehr erfreulich. Petra Pau hat das Direktmandat deutlich gewonnen, und DIE LINKE bleibt auch die stärkste Kraft im Bezirk bei den Zweitstimmen. Wir haben unsere Ziele erreicht. Natürlich haben wir bei aller Freude auch nicht übersehen: DIE LINKE hat trotz leicht gestiegener Wahlbeteiligung absolut und relativ weniger Stimmen erhalten als 2009, die Abstände sind deutlich geringer. Und es ist uns auch nicht entgangen, dass die AfD ein recht hohes Ergebnis erreicht hat und die NPD in manchen Stimmbezirken bei über 10 Prozent liegt – insbesondere in Hellersdorf. Darüber wird noch gründlich zu reden sein.

Aber an diesem Abend stand natürlich erst mal die Freude über das Ergebnis und der Dank an die vielen, die daran Anteil hatten, im Mittelpunkt. Petra Pau bedankte sich herzlich bei allen Beteiligten – Plakate „fädeln“, aufhängen (inzwischen sind sie wieder abgenommen – unsere Plakate sind übrigens recycelbar!), Materialien stecken, Stände organisieren, Gespräche führen... Und der BV und alle Anwesenden haben sich natürlich bei Petra bedankt, die ja wirklich einen sehr intensiven Wahlkampf im Bezirk geführt

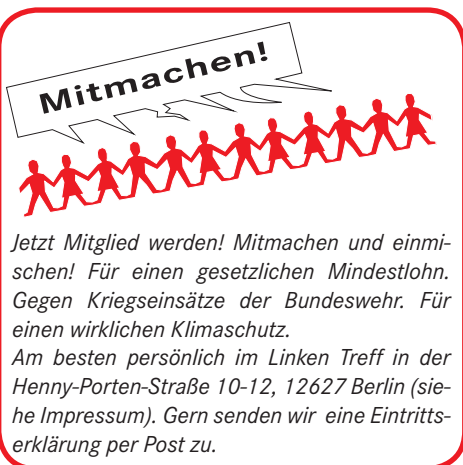
hat, obwohl sie ja parallel dazu andere umfangreiche Aufgaben hatte (zum Beispiel im NSU-Untersuchungsausschuss). Mich hat sehr beeindruckt, dass Petra die Freude über das schlechte Abschneiden der FDP etwas dämpfte, indem sie auf Grund eigener Erfahrungen von 2002 darauf hinwies, dass die Auflösung einer Fraktion auch bedeutet, dass einige hundert Mitarbeiter arbeitslos werden, von denen viele gute Arbeit nicht nur für die eigene Partei geleistet haben. Und Petra wäre nicht Petra, wenn sie uns nicht noch mal daran erinnert hätte: Nach der Wahl ist vor der Wahl – am 25. Mai 2014 wird das Europaparlament gewählt. Das ist gar nicht so weit weg, wie man vielleicht denkt. Und wir haben ja in Berlin am 3. November 2013 den Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung, und da sind wir schon wieder beim Plakate hängen usw.

Bernd Preußner

Danke!

Petra Pau
und DIE LINKE
danken
ihren Wählerinnen
und Wählern,
und allen,
die im Wahlkampf
dabei waren.

Wir bleiben dabei:
100 % SOZIAL
auch nach
der Wahl!



Haushalt und Halle

Der Bezirkshaushalt für die Jahre 2014/15 steht. In der September-Sitzung beschloss die Bezirksverordnetenversammlung den vom Bezirksamt vorgelegten Haushaltsplan. Dabei wurde deutlich, dass eigentlich keine der Fraktionen mit den Zuweisungen durch den Senat an das Land zufrieden ist. Auseinander gingen die Einschätzungen bezüglich der entsprechenden Verhandlungen des Bezirksbürgermeisters mit der Senatsaußenstelle. Während die Redner der „Koalitionsfraktionen“ von SPD, CDU und Grünen dessen „Verhandlungsgeschick“ lobten, übte Bjoern Tielebein für DIE LINKE auch Kritik. Er machte deutlich, dass DIE LINKE den Doppelhaushalt differenziert sieht. Einerseits sieht sie die ausverhandelte Finanzausstattung als deutlich unzureichend an, andererseits ist es unseren Stadträtinnen gelungen für ihre Fachbereiche teilweise sogar Besserausstattungen zu erreichen. Entsprechend differenziert war dann auch das Abstimmungsverhalten der Linksfraktion. Während etwa ein Drittel dem Haushalt auf Grund der verhältnismäßig guten Ergebnisse für die Bereiche unserer Stadträtinnen zustimmte, enthielt sich ein Drittel, für das sich Vor- und Nachteile des Haushalts aufhoben, während ein Drittel den Haushalt ablehnte, da sie der Meinung waren, die negativen Aspekte überwogen.

Deutlich klarer waren die Positionen dann wieder beim zweiten wichtigen Thema der September-Sitzung: Nach den Beratungen in diversen Ausschüssen stand der

Einwohner*innenantrag zur Mehrzweckhalle im Freizeitforum Marzahn zur Abstimmung in der Bezirksverordnetenversammlung. Für DIE LINKE machten Petra Wermke, die sportpolitische Sprecherin der Fraktion, und Sarah Fingarow, gleichstellungspolitische Sprecherin, noch einmal die Gründe für unsere Ablehnung einer Frauensporthalle am Standort Freizeitforum Marzahn deutlich. Eine Frauensporthalle, die mehr sein will als ein Prestigeprojekt des Bezirksbürgermeisters, darf kein Leuchtturm im Bezirk sein, sondern muss Modell für künftige Entwicklungen sein können. Das heißt auch, dass ein solches Projekt gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen können muss. All diese Kriterien erfüllt das aktuelle Projekt nicht ... inzwischen erfüllt es nicht einmal mehr die Kriterien der ursprünglichen Idee einer Frauensporthalle. Gemeinsam haben SPD, CDU und Grüne aus einem progressiven Gleichstellungsprojekt ein Projekt gemacht, bei dem ein Großteil des Frauensports aus den meisten Hallen im Bezirk verdrängt wird, um ihn im FFM zu konzentrieren. Aus diesen Gründen stimmte DIE LINKE gemeinsam mit den Piraten für den Einwohner*innenantrag, der forderte, die Halle im FFM weiterhin für alle offenzuhalten. Leider erwiesen sich SPD, CDU und Grüne erneut als unzugänglich für Argumente. Mit der Mehrheit dieser „Koalition“ wurde der Einwohner*innenantrag dann auch abgelehnt.

Hassan Metwally

Dagmar Pohle: Bezirksamt veranstaltete Helfer_innenkonferenz

In den vergangenen Wochen haben viele Marzahn-Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürger, aber auch verschiedene Einrichtungen des Bezirks ihre Bereitschaft bekundet, den Flüchtlingen und Asylsuchenden in ihrer neuen Unterkunft in der Carola-Neher-Straße zu helfen. Um die Hilfsangebote besser mit der Heimleitung abstimmen und am konkreten Bedarf der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner ausrichten zu können, veranstaltete das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit der Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung („Polis“) sowie mit der Initiative „Hellersdorf hilft“ am 25. September eine Helfer_innenkonferenz. Etwa 80 Interessierte hatten sich an diesem Tag im Stadtteilzentrum „Kompass“ eingefunden. Gemeinsam entwickelten sie zahlreiche kreative Ideen, wie den Menschen in ihrer Unterkunft ein möglichst angenehmer Aufenthalt bereit werden und ihre Integration unterstützt werden kann. Bereits jetzt haben viele Bürgerinnen und Bürger den Flüchtlingen und Asylsuchenden ihre helfende Hand gereicht und weitere Angebote wurden auf der Veranstaltung unterbreitet. Auch die Heimleitung zeigte sich beeindruckt von den vielen Angeboten und bedankte sich für dieses Engagement. Die Angebote selbst

reichen von gemeinsamen sportlichen und künstlerischen Aktivitäten über Sprachvermittlungsdienste bis hin zu Fahrdiensten, Kiezspaziergängen, Hausaufgaben-Nachhilfen und der Begleitung bei Behördengängen. Die Heimleitung wird nun Stück für Stück auf die einzelnen Hilfsangebote zurückkommen und gemeinsam mit dem Bezirk und den Aktiven von „Hellersdorf hilft“ dafür Sorge tragen, dass möglichst viele Flüchtlinge und Asylsuchende – auch in den beiden anderen Heimen im Bezirk – davon profitieren. Ein interkultureller Garten, der gemeinsam von Anwohnenden und den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern in der Carola-Neher-Straße angelegt werden könnte, und die Nutzung des ehemaligen Schulcontainers für gemeinsame Aktivitäten sind Ideen, die wir gemeinsam auf den Weg bringen könnten.

In den nächsten Tagen wird es zwei feste Ansprechpartnerinnen über den bezirklichen Migrationssozialdienst geben, die sowohl für die Fragen und Anliegen der Anwohnenden als auch für die Belange der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner zur Verfügung stehen werden. Auf diese Weise wird der bereits begonnene Dialog mit der Nachbarschaft weiterhin verstetigt.

Dr. Manuela Schmidt: Spürbare Spannungen

Es ist Donnerstag. Die Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses hat begonnen und schon in den Begründungen der Fraktionen zur Aktuellen Stunde sind die Spannungen bei SPD und CDU zum Thema Stadtwerk deutlich zu spüren. Erst vor wenigen Wochen hat sich die SPD-Fraktion dem Willen der CDU-Fraktion gebeugt und sich gegen das Energie-Volksbegehren verhalten. Und nun eskaliert der Streit in der Koalition über die Gründung eines Stadtwerkes. Da gab es heute schon versteinerte Gesichter bei den Sozialdemokraten bei der Rede von Harald Wolf, der für die Linksfraktion ein klares Bekenntnis für das Stadtwerk einforderte. Die SPD-Fraktion würde ja gern, wenn nur der Koalitionspartner nicht wäre ... Noch heute während der Plenarsitzung ist zur Krisensitzung eingeladen. Bleibt abzuwarten, ob sich beide Regierungspartner am Ende zu dem im Dezember 2012 gemeinsam beschlossenen Aufbau eines kommunalen Ökostromversorgers bekennen oder ob sie erneut am Willen so vieler Berlinerinnen und Berliner vorbei entscheiden. Den Termin für den Volksentscheid nicht auf den Tag der Bundestagswahl, sondern auf den 3. November zu legen war bereits eine solche Entscheidung gegen die vielen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Energie-Volksbegehrens.

Für uns alle heißt das – jetzt erst recht! Lasst uns gemeinsam die nächsten Wochen nutzen, für den Energie-Volksentscheid zu werben. Lassen wir der rot-schwarzen Re-

gierung in Berlin nicht durchgehen, dass sie permanent an den Interessen der Menschen unserer Stadt vorbei entscheidet.

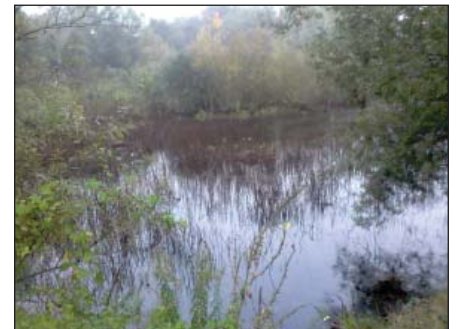
Gleichzeitig laufen im Abgeordnetenhaus die Verhandlungen zum Haushalt 2014 und 2015. In den Fachausschüssen sind die Beratungen abgeschlossen und klar ist: Unsere Schwerpunkte für ein soziales Berlin sind nicht die Schwerpunkte von SPD und CDU. Wir streiten für bezahlbares Wohnen überall in Berlin, die Koalition will hierfür kein Geld ausgeben. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler, mit oder ohne Behinderung, gemeinsam lernen können. SPD und CDU ist der barrierefreie Ausbau von Schulen gerade mal noch 1000 Euro wert. Die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen hat keine Idee, wie die vielen langzeitarbeitslosen Menschen in unserer Stadt wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können und gibt dem Finanzsenator freiwillig 20 Millionen Euro in das Sparschwein. Und apropos Sparschwein – der Finanzsenator Nußbaum versteckt im Haushalt erst einmal mindestens 500 Millionen Euro Steuerermehreinnahmen, die vorhanden sind, Geld, mit dem wichtige Entscheidungen für die Menschen unserer Stadt getroffen werden könnten.

Also auch hier steigt die Spannung – welche Entscheidung wird die rot-schwarze Koalition treffen? Wir werden sie jedenfalls treiben, die Sorgen und Bedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner ernst zu nehmen, beim Haushalt und auch beim Stadtwerk!

„Die Natur vor unserer Haustür“:

Im oberen Wuhletal zwischen Eichepark und Weidengrund

Am 24. September ging es mit Angele Schonert vom NABU in den oberen Bereich des Wuhletales. Vorbei am Kletterfelsen ging es zunächst in den 35 ha großen Eichepark. Bevor wir den grasenden Schottischen Hochlandrindern einen Besuch abstatten, geht es zum Bereich um den Grenzteich. Dieser entstand unabhängig vom Regenrückhaltebecken Eiche infolge eines Durchstichs von der alten Wuhle. Eine für den Naturschutz positive Aktivität der Gewässerunterhaltung des Senats schon 1993/94. Der mittlerweile stark mit Schilf bedeckte Teich ist Heimstatt für verschiedene Lurche und Erdkröten. Derzeit kann man im kleinen Schwarzerlenwäldchen sogar Pilze finden. Vorbei am Graben von der Havemannstraße geht es wieder am Kletterfelsen vorbei, doch angesichts des Regenwetters haben sich die weidenden Rindsviecher der Betrachtung entzogen. Sie schlafen irgendwo im Gehölz versteckt. Mit Verwunderung nahmen wir aber zur Kenntnis,



Am Weidengrund

Foto: F. Beiersdorff

dass man offenbar die Bäume nicht (mehr) vorm Verbiss schützt.

Ein besonderer Höhepunkt ist für den Naturfreund der Weidengrund. Die frühere Kiesgrube war 1993 als geschützter Landschaftsbestandteil ausgewiesen, in den folgenden Jahren – spätestens dann 2003 mit der Stilllegung des Klärwerksableiters – drohte er trocken zu fallen, bestenfalls noch als Sumpf wahrnehmbar. Ein Erfolgsbeispiel der ersten Phase der Renaturierung der Wuhle ist, dass der Weidengrund seit 2006 wieder ein stabiles, dauerhaftes Gewässer ist. Zwischen Klärwerk Falkenberg und Landsberger Allee wurden Sedimente entfernt und die Gewässersohle der „Neuen Wuhle“ um einen Meter angehoben. Moorfrosch, Erd- und Wechselkröte sowie vor allem die vom Aussterben bedrohte Rotbauchunke freuen sich darüber.

Im kommenden Jahr möchten wir mit einigen neuen Ideen die Reihe dieser „besonderen Spaziergänge“ fortführen. Lasst Euch überraschen!

Frank Beiersdorff

Ja zu Berliner Energie - Ja zum Energievolksentscheid am 3. November

Zwischen 60 und 70 Prozent der Berliner Bevölkerung sprechen sich für den Aufbau eines Stadtwerks und die Übernahme des Stromnetzes in öffentliche Hand aus. Dann kann ja nichts schiefgehen mit dem Volksentscheid am 3. November, sollte man denken. Denn genau diese Ziele sollen ja mit dem Gesetz des Energietischs umgesetzt werden. Der Haken an der Sache ist aber, dass mindestens 630.000 Menschen mit Ja stimmen müssen, sonst ist der Volksentscheid nicht gültig. DIE LINKE. Berlin hat den Volksentscheid über die „Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung“ von Anfang unterstützt und in der zweiten Stufe – in diesem Frühjahr – gut 50.000 Unterschriften dafür gesammelt. Damit das nicht umsonst war, müssen wir jetzt den letzten entscheidenden Schritt schaffen.

Das Stromnetz wird 2014 für die nächsten 15-20 Jahre vergeben. In diesem Zeitraum müssen die Weichen für eine ökologische und soziale Energiewende gestellt werden. Das Netz muss fit gemacht werden für die massenweise Einspeisung von dezentralen Energiequellen (Wind, Solar) und die Anbindung von Speicherpotentialen. Vattenfall

hat kein Interesse an einem solchen Umbau des Stromnetzes. Vattenfall will möglichst viel von seinem Braunkohlestrom in Berlin verkaufen. Die Braunkohlekraftwerke sind schon beschrieben und bringen jetzt richtig Profit – zu Lasten von Mensch und Umwelt. Nur wenn die Netzgesellschaft demokratisch gesteuert wird – und nicht von einem Konzern mit Profitinteressen – können die notwendigen Investitionen sichergestellt werden. Gewinnen werden dadurch die Menschen in Berlin und der Region. Weil

die Gewinne nicht mehr in Konzern-, sondern in öffentliche Kassen fließen. Weil Investiti-

onen in die erneuerbare Energieerzeugung Tausende neue Arbeitsplätze in der Region schaffen. Vor allem aber, weil wir nur so die Energiewende auch sozial gestalten können. DIE LINKE hat in ihrer Regierungszeit bereits umfangreiche Vorarbeiten für ein Stadtwerk in öffentlicher Hand geleistet. Diese Konzepte wurden nach der Wahl von den CDU-Wirtschaftssenatorinnen komplett entsorgt. Die Berliner SPD hat es nicht verhindert – wohl auch, weil Klaus Wowereit das Thema möglichst nicht in der Öffentlichkeit haben möchte. Sein Plan scheint ein „schmutziger Deal“ mit Vattenfall zu sein: Ein paar mehr Einnahmen für das Land aus dem lukrativen Netzgeschäft und Vattenfall darf weiterhin der regionale Monopolist bleiben und das Netz in seinem Sinne managen. Deshalb hat er es zugelassen, dass die CDU sich mit ihrer Ablehnung des Vorschlags des Energietischs durchsetzt. So wie er schon zuvor zugelassen hat, dass der Volksentscheid nicht zusammen mit der Bundestagswahl stattfindet. SPD und CDU hoffen nun auf ein Scheitern des Volksentscheids mangels Beteiligung. Helfen Sie mit, dass die rot-schwarze Koalition mit dieser miesen Taktik nicht durchkommt!

Stimmen Sie mit JA beim Volksentscheid – entweder per Briefwahl oder am 3. November im Wahllokal. Und nehmen Sie möglichst viele andere gleich mit.

Klaus Lederer,
Landesvorsitzender DIE LINKE. Berlin



Aus den Siedlungsgebieten: Die Schulen bleiben Thema in der BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) dem beschloss auf ihrer Sitzung am 19. September 2013 den Bezirkshaushaltsplan für die Jahre 2014 und 2015. Dabei zeichnet sich ab, dass z.B. die Ausstattung des Bildungshaushaltes ein Haushaltsrisiko bedeutet. So wurden die eingestellten Mittel für die Bewirtschaftung der Schulen und Turnhallen um sechs Prozent erhöht. Die Prognose der Preissteigerungen liegt aber zwischen acht und zehn Prozent. Allein die Haushaltsmittel für den Winterdienst sind gegenwärtig kaum kalkulierbar. Die eingestellten Mittel für den baulichen Unterhalt reichen gerade, um die notwendigen Mängel in den Schulen abzustellen. In der Haushaltsdurchführung für dieses Jahr ist wegen der Haushaltsrisiken in diesem Bereich eine Haushaltssperre erlassen worden. Die Befürworter_innen des Doppelhaushaltes 2014/2015 hoffen das durch Basis Korrekturen des Landes Berlin die Risiken abgeschwächt werden. Der Finanzbereich der SPD-CDU Koalition zeigt hier allerdings bisher keine Haltung dazu. Über das so ge-

nannte Schul- und Sportstättenanierungsprogramm ist im Land Berlin bisher nicht entschieden worden. Damit fehlt dem Bezirk die notwendigen Voraussetzungen, um prognostisch die weiteren Schritte zur Investition und Sanierung für die Schulen und Sportstätten festzulegen und zu verplanen. Die Fraktion DIE LINKE hat sich in den zuständigen Fachausschüssen und im Hauptausschuss der BVV dafür eingesetzt, dass die zuständigen Abteilungen des Bezirksamtes hier im Rahmen des Schulentwicklungsplanes und der Förderung des bezirklichen Sports sehr zügig die Rahmenbedingungen festsetzen. Um die Situation für die Schüler_innen im Sportunterricht der Franz-Achard Grundschule in Kaulsdorf zu ändern, setzte sich die BVV mehrheitlich für einen Prüfauftrag ein. Das Bezirksamt soll prüfen, ob es möglich ist hier eine sogenannte Systembauturnhalle in fußläufiger Nähe zu errichten. Aufgrund massiver Schäden am Turnhallendach kann hier kein Sportunterricht mehr durchgeführt werden. Zurzeit gibt es hier einen Shuttle-Service mit Bus. Hier entstehen Fahrtzeiten bis zu 60

Minuten. Das stört den Unterrichtsablauf und sorgt für zusätzlichen Stress der Kinder. Der Bereich Immobilien von Bezirksstadtrat Richter (SPD) prüft zurzeit, inwieweit das jetzige Turnhallendach saniert oder vollständig erneuert werden wird. Hier werden nach seiner Aussage noch einige Monate ins Land gehen. Um dem Schülerzuwachs in Biesdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf gerecht zu werden, hat die BVV dem Bezirksamt empfohlen, sich dafür einzusetzen, dass die Mittel für den Neubau der Grundschule Habichtshorst in Biesdorf wie vorgesehen bereits 2014/2015 vom Abgeordnetenhaus bereitgestellt werden. Die aktuelle von der Senatsfinanzverwaltung vorgelegte Investitionsplanung sieht hier eine Verschiebung der Mittel auf 2017 vor. Diese geplante Verschiebung wird nach Auffassung der Antragsteller von der LINKEN, der SPD und der CDU in keiner Weise den aktuellen Entwicklungen gerecht. Nach wie vor bleiben die Schillerschule, das Otto-Nagel-Gymnasium und auch die Grundschule in Mahlsdorf auf der Agenda der BVV.

Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter

Wahlkampfnachlese in Bildern ...



... Plakate gefädelt, bei Kundgebungen mitgemacht, mit dem Wahlkampfmobil unterwegs gewesen und - am Wahlabend Glückwünsche an Petra Pau zum erneut gewonnenen Direktmandat. Aber: Nach der Wahl ist vor dem Volksentscheid, und weiter geht's mit dem Plakatefädeln ... denn der 3.11.2013 wirft seine Schatten voraus.

Fotos: Y. Rami



ДРУШЬА

1/2 Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf in der Zeitung der Partei DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Chemiewaffen für Syrien - die Doppelmoral deutscher Außenpolitik

vom Bundessprecher*innenrat der Linksjugend

Auf Anfrage von Jan van Aken (MdB, DIE LINKE) bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium, dass die Bundesrepublik Deutschland zwischen 2002 und 2006 die Hauptbestandteile des Nervengases Sarin nach Syrien exportierte. Sollte sich der Einsatz von Giftgas endgültig bestätigen, muss sich die jeweilige Bundesregierung der Frage der Mittäterschaft stellen. Dass Syrien ein Chemiewaffenprogramm hat, war damals bereits bekannt.

„Wenn Guido Westerwelle zeitgleich die Schuld Assads für den Giftgaseinsatz für bewiesen erklärt, so macht er auch die vorangegangenen Bundesregierungen mitverantwortlich“, sagte der Bundessprecher der Linksjugend, Florian Häber. Es wäre an der Zeit, nicht nur den Einsatz von Chemiewaffen, sondern auch Rüstungsexporte zu äch-

ten. Deutschland ist zur Zeit der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

„Jede ach so friedliche deutsche Außenpolitik bleibt Heuchelei, solange die Bundesregierung weiter Waffen und Überwachungstechnologie exportiert“, so Häber mit Blick auf Syrien weiter. Unter Rot-Grün wurden jährlich im Schnitt Rüstungsexporte in Höhe 6,2 Milliarden Euro genehmigt. Unter der großen Koalition waren es 7,9 Milliarden und unter CDU/FDP sogar 8,15 Milliarden Euro. Dass sich Westerwelle im Wahlkampf auch noch als Friedensengel gegenüber der CDU profilieren wollte, entbehrt folglich jeder Grundlage.

Immer wieder würden deutsche Waffen in Krisengebiete und sogar an autoritäre Staaten geliefert, so u.a. seit 2005 Abschussanlagen

für Panzerabwehrraketen, Kommunikationstechnik und Radartechnologie an Gaddafi. Auch digitale Waffen wie Monitoring Centres von Siemens und EADS wurden an Syrien, aber auch an Iran, Ägypten und Bahrain exportiert. Der vom BKA eingekaufte Staatstrojaner FinFisher von der deutsch-britischen Firma Gamma International kommt bereits weltweit in autoritären System zum Einsatz.

Sowohl SPD und Grüne als auch CDU und FDP haben bei Kriegseinsätzen, Waffenexporten und Überwachung immer gemeinsame Sache gemacht. Die Linksjugend [solid] unterstützt die Forderungen der LINKEN, Waffenexporte zu verbieten, sämtliche Rüstungsproduktionen in Deutschland einzustellen sowie eine Zivilklausel für die Wissenschaft einzuführen und die Rekrutierungen der Bundeswehr an Schulen zu unterbinden.

1/2 Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf in der Zeitung der Partei DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Nach der Bundestagswahl ...

» **8.10., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin „**Was will der Wähler uns damit sagen?**“, mit Tom Stroh-schneider, Chefredakteur des „nd“, über das tatsächliche Ergebnis der Bundestagswahl und die Folgen, Moderation: Hassan Metwally, Eintritt: 2,00 €, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf

Forum zu Wohnen und Mieten

» **16.10., 18 Uhr**, Gemeindesaal der Evangelischen Kirchgemeinde Marzahn-Nord, Schleusinger Straße 12, 12687 Berlin, „**Wohnen zur Miete in Marzahn-Hellersdorf - der Berliner Mietspiegel 2013**“

Projektgruppe Demo/Aktionen

» **22.10., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, **Treffen der Gruppe zur Beratung weiterer Vorhaben**, Interessierte sind herzlich eingeladen!

Informationsveranstaltung

» **23.10., 18 Uhr**, Schülerspeisegaststätte „Spirelli“, 12687 Berlin, gegenüber der 2. Gemeinschaftsschule Marzahn-Hellersdorf, Liebensteiner Str. 24, „**Was passiert mit dem ehemaligen „allkauf“-Gelände?**“ - Runde 2 - mit Vertretern der Fraktionen der BVV und Ch. Gräff (CDU) für das Bezirksamt

Ernst-Busch-Chor lädt ein

» **6.11., 14 Uhr**, Münzenbergsaal, Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, „**Öffentliche Chorprobe**“. Hier können auch Karten für das Januarkonzert 2014 (zu 12,00 €) bei Frau Jutta Boh-nau bestellt oder käuflich erworben werden

Hauptversammlung

» **16.11., 10 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, **1. Tagung der 4. Hauptversammlung** mit Wahl Bezirksvorstand, Finanzrevisionskommission und Vertretern/Vertreterinnen für Aufstellung der Liste zur Europawahl (15./16.2.2014 in Hamburg)

Hinten links:

Krieg, Flucht, Vertreibung

Die Genfer Flüchtlingskonvention definiert in Artikel 1 „Flüchtlinge“ sind Personen, die sich „...aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ auf der Flucht befinden.

Nach Schätzungen des UNO-Flüchtlingshilfswerkes befanden sich zum 1. September – Weltfriedenstag – ca. 42 Mio. Menschen auf der Flucht.

An erster Stelle mehr als 3 Mio. Afghanen, gefolgt von ca. 1,4 Mio. Irakern und ca. 1,1 Mio. Somali, dann, jeweils etwa eine halbe Million, Sudanesen und Kongolesen. Diesen machen jetzt die geflohenen rund 2 Mio. Syrer „Konkurrenz“.

Erste Aufnahme gewähren i. d. R. Nachbarstaaten. In Pakistan „landeten“ 1,7 Mio. Afghanen. Wichtige Aufnahmestaaten sind Iran, Jordanien, Kenia, Tschad – alles arme „Dritte-Welt-Länder“.

Von den derzeit aus dem Bürgerkriegsland Syrien entwichenen etwa 2 Mio. Flüchtlingen trafen im Libanon rund 720 000 ein.

Libanon selbst hat nur etwas mehr als 4 Mio. Einwohner.

Deutschland nahm rund 600 000 Menschen auf.

Frage

Warum gewähren die USA – die stärkste Militärmacht der Welt – gerade einmal 300 000 Kriegsflüchtlingen Asyl?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **15.10., 5.11., 19.11.** jeweils **19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes, weitere Termine unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **10.10., 7.11.** jeweils **18 Uhr** (BO Biesdorf/Marzahn-Süd), Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **10.10., 7.11.** jeweils **19.30 Uhr** (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **10.10., 7.11.** jeweils **19.30 Uhr** (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

Frauentreffen

» **28.10., 18 Uhr**, Stadtteilzentrum Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Sprechstunden und mehr *

» **10.10., 17.30 Uhr**, Dr. Gabriele Hiller (MdA) u.a., *IGA 2017 - **Gespräch zum Entwurf des Wettbewerbssiegers**, Stadtteilzentrum „Mosaik“, Altlandsberger Platz 2, 12685 Berlin

» **14.10., 17 Uhr**, Dr. Manuela Schmidt (MdA), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38

» **14.10., 17 Uhr**, Regina Kittler (MdA) und Dagmar Pohle (BA-Mitglied); Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **15.10., 18.30 - 20.30 Uhr**, Wolfgang Brauer (MdA), Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25-27, 12689 Berlin

» **23.10., 16 - 18 Uhr**, Petra Pau (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung 030 99289380» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Klaus-Jürgen Dahler, Mitglied der Linksfraktion in der BVV, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin, im Juli wegen Urlaub geschlossen, ab August wieder: Mo 16 - 18 Uhr, Di 12 - 17 Uhr, Mi 14 - 17 Uhr, Do 14 - 18 Uhr geöffnet (**nicht** am Tag der BVV: 24.10., 21.11., 19.12.), Telefon 030 54431890

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Öffnungszeiten:

Montag: 13-17 Uhr

Dienstag: 10-17 Uhr

Donnerstag: 10-18 Uhr

Freitag: 10-13 Uhr (mittwochs geschlossen)

Weitere Schließtage: 4.10./7.10./8.10./9.10. und 11.10.

Donnerstag, 10.10. geöffnet von 10-18 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 30.09.2013. Auslieferung ab: 02.10.2013. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 07.11. und 05.12.2013